



Rede Präsident Wollseifer anlässlich der Vollversammlung der Handwerkskammer zu Köln am 27. Mai 2014

Meine sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn ich heute in den Bernhard-Günther-Saal schaue, dann sehe ich viele Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die auch heute wieder ihrer Selbstverwaltungsverpflichtung nachkommen. Sie alle könnten heute Morgen auch in Ihren Betrieben sein und den dortigen Aufgaben und Verpflichtungen nachkommen. Dass Sie – trotz Ihrer vielen anderen Aufgaben – so engagiert dem Ehrenamt, für das sie sich zur Verfügung stellen, nachkommen und Verantwortung für die Selbstverwaltung der Wirtschaft in dieser Stadt und in unserem Land tragen, dafür danke ich Ihnen.

Und diesen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, den haben Sie auch verdient. Denn Ihnen ist es zu verdanken, dass heute Köln die Stadt ist, in der sich Gesellschaft und Wirtschaft positiv entwickeln. Und auch, dass Köln die Stadt ist, die es aushält, dass ein Ministerpräsident aus dem Herkunftsland der stärksten Migrantengruppe unserer Kölner Gesellschaft – wie am zurückliegenden Samstag geschehen – unsere umfangreichen Integrationsbemühungen, auch des Handwerks, auf die Probe stellt!

Meine Damen und Herren,
wir, das Handwerk in Köln und der Region, vertreten mit unseren 33.000 Betrieben und 190.000 Mitarbeitern die regionalen Belange gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Auch im Vorfeld der Kommunalwahlen vom vergangenen Sonntag hat die Handwerkskammer hier in diesem Saal in einer Podiumsrunde die Spitzenvertreter der Kommunalwahl in Köln mit den kommunalpolitischen Forderungen des Handwerks konfrontiert und für ein wirtschaftsfreundliches Umfeld – hier vor Ort in Köln – plädiert.

Aufgrund der guten Arbeitsteilung zwischen Ehrenamt und Hauptamt in unserer Kammer, wird Ihnen zu den wichtigsten Themen im Anschluss an meine Rede unser Hauptgeschäftsführer berichten.

Ein Thema jedoch, dass mich nach wie vor umtreibt, möchte ich im kommunalpolitischen Kontext hier noch einmal sehr deutlich ansprechen.

Meine Damen und Herren,
ich kann keine Förderung der regionalen Wirtschaft erkennen, wenn hier in Köln ein Bau- und Instandhaltungsauftrag in Höhe von rund 100 Mio. Euro im ÖPP-Verfahren an einen Bau-Investor vergeben werden soll. Fünf Schulen sollen in einem Auftragspaket, das in einem aufwändigen und langwierigen Verfahren europaweit ausgeschrieben werden muss, vergeben werden. Es wird hierbei von den Ratsvertretern und der Stadtverwaltung in Kauf genommen,

- dass der Baubeginn erst frühestens in 2016 erfolgt,
- dass viele der heutigen Schüler die Fertigstellung ihrer Schule nicht mehr erleben und auch nicht mehr von der Verbesserung der schulischen Infrastruktur profitieren werden,
- dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kein mittelständisches Bauunternehmen vor Ort in der Lage sein

wird, dieses Auftragspaket zu stemmen und ein Zuwachs an Beschäftigung, an Ausbildung und an Gewerbesteuer in Köln und der Region hierdurch nicht erfolgt.

Und es bleibt ja nicht bei diesen mittelstandswidrigen Aspekten. Da mit der Auftragsvergabe auch eine 25-jährige Bewirtschaftung der fünf Schulen verbunden ist, gehen den örtlichen Handwerks-Firmen 25 Jahre lang Aufträge in der Stadt verloren. Bestenfalls werden sie als Subunternehmer verdingt. Mittelstandsfreundliche Kommunalpolitik sieht anders aus!

Meine Damen und Herren,
unsere Betriebe können nur Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen und Steuereinnahmen erwirtschaften, wenn sie ein wirtschaftsfreundliches und mittelstandsfreundliches Umfeld vorfinden. Die Gestaltung dieser Rahmenbedingungen liegt mir, neben meiner unternehmerischen Tätigkeit, besonders am Herzen. Zunächst an der Spitze der Handwerkskammer zu Köln und seit Anfang Januar auch als Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks in Berlin.

Ich durfte also ein halbes Jahr vor dem 1. FC Köln in die erste Bundesliga aufsteigen. Das war glückliche Fügung. Auf meinem Weg habe ich im ganzen Kammerbezirk viel Unterstützung erfahren. Dafür ein herzliches Dankeschön – auch für die zahlreichen guten Wünsche, die mich von vielen von Ihnen in mein neues Amt in Berlin begleitet haben. Dort konnte ich in den vergangenen Wochen parallel zur neuen Regierungskoalition meine Arbeit starten.

Meine Damen und Herren,
ich kann Ihnen sagen: mit Herzblut trete ich für ein wettbewerbsfähiges und erfolgreiches Handwerk mit seinen 1 Mio. Betrieben und 5,3 Mio. Beschäftigten in Deutschland und 420.000 Auszubildenden ein.

Zwei Themenblöcke haben dabei aktuell einen besonderen Stellenwert:

1. Die Vorhaben der Großen Koalition, von denen erhebliche Belastungen für die Betriebe drohen.
2. Die berufliche Bildung als Voraussetzung für die Sicherung der Fachkräftebasis, als Grundlage für deutsche Qualitätsarbeit und als Markenkern des Handwerks.

Bundespolitik – allgemein

Zur aktuellen Arbeit der neuen Bundesregierung:

Meinen Damen und Herren,
ich sage es ganz offen: Insgesamt bin ich vom Start der Großen Koalition enttäuscht. Ich habe die Sorge, ob die Bundesregierung wirklich die Belange unserer Betriebe erkennt. Ob sie wirklich die Gefahren für unser Land sieht, wenn dem Mittelstand erheblich Belastungen aufgebürdet werden.

Sicher, aktuell rechnen die Wirtschaftsinstitute mit einem Plus von zwei Prozent in diesem Jahr. Zum gleichen Ergebnis kommt auch unsere aktuelle Konjunkturumfrage in 20.000 Handwerksbetrieben. Aber die Erfüllung solcher Prognosen ist kein Selbstläufer. Vor allem wenn es um die langfristige Fortschreibung über das Jahr hinausgeht. Wenn es um die Perspektive der Wirtschaft in diesem Land geht. Die Politik darf nicht vergessen, dass für sie dieselben Spielregeln gelten, wie in unseren Betrieben: Ohne Strukturreformen heute ist Wachstum in Zukunft nicht möglich.

Statt dessen jedoch

- wird mit sozialen Wohltaten der Faktor Arbeit verteuert (das wird sich in unserer Kalkulation niederschlagen)
- wird in die Personalhoheit der Betriebe eingegriffen
- und stehen weitere betriebliche Belastungen zur Diskussion, z. B. beim Stichwort „Maut“.

Solche politischen Initiativen, und ich sage es ausdrücklich: von beiden Regierungsparteien, führen zur Verunsicherung und sind keine gute Basis für Wachstumsperspektiven.

Meisterbrief

Aber nicht nur die Bundesregierung sorgt mit ihren aktuellen Gesetzesvorhaben für Verunsicherung in den Handwerksbetrieben. Auch die Europäische Kommission rüttelt derzeit kräftig an den Grundfesten im deutschen Handwerk: Am Meistervorbehalt, am qualifikationsgebunden Berufszugang, und damit an einem Grundpfeiler unseres beruflichen Bildungssystems.

Im Meisterbrief, meine Damen und Herren, bündelt sich unser Selbstverständnis. Berufliche Bildung ist das identitätsstiftende Merkmal des Handwerks über alle Gewerke hinweg.

Wir sind stolz auf die Ausbildungsquote von 8 % im Handwerk. Nur am Rande will ich erwähnen: in der Industrie beträgt die Quote 2,9 %, im öffentlichen Dienst 3,6 %. Das Handwerk bildet damit nicht nur seinen eigenen Nachwuchs aus. Es leistet auch einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der gesamten deutschen Wirtschaft und zur Vorbeugung von Arbeitslosigkeit.

Grundlage dafür ist, dass die Betriebsinhaber im Handwerk auf hohem Niveau ausbilden können. Weil sie selber auf hohem Niveau qualifiziert sind. Durch die Meisterausbildung.

Dass das gerade jetzt in Frage gestellt wird, ist sachlich nicht nachvollziehbar. Denn es richtet sich gleichzeitig ein weltweit hohes Interesse auf unsere erfolgreiche berufliche Bildung – vor allem aus Südeuropa. Dort hat die geringe beruflich Qualifizierung eines Großteils der jungen Menschen zu einer hohen Jugendarbeitslosigkeit geführt – mit fatalen Folgen für die gesellschaftliche Stabilität. Sie kennen die Zahlen: 7,3 % Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland; 25 % durchschnittlich in Europa und über 50 % im Süden der EU. Das darf uns in Deutschland nicht passieren.

Europa wird nicht wettbewerbsfähiger, wenn wir in Deutschland unsere erfolgreichen Standards aufgeben. Das ist falsch verstandene Harmonisierung. Wir müssen nicht weniger, sondern mehr qualifizieren. Gerade als überzeugter Europäer gilt für mich:

So viel Europa wie nötig, so viel nationale und regionale Gestaltungsspielräume wie möglich – in einem Europa der Vielfalt. Es stellt sich dabei für mich ganz klar die Frage der Subsidiarität. Was muss zukünftig in Brüssel und was muss in Berlin entschieden werden?

Der Meistervorbehalt und unsere Selbstverwaltung gehören dabei zweifellos zu unserem nationalen Gestaltungsspielraum.

Das sieht auch die Bundesregierung so, die sich im Koalitionsvertrag ausdrücklich zum Handwerk, zum Meisterbrief und auch zur Selbstverwaltung bekennt. Genauso wie die Bundesländer, auch und mit aller Deutlichkeit Nordrhein-Westfalen. Für diese Anerkennung der Politik sind wir dankbar,

auch weil sie das bekräftigt, was uns Handwerkern am Herzen liegt: Hohe berufliche Qualifikation ist die Grundlage für Qualität, für Innovation, für wirtschaftlichen Erfolg und Wachstum in Deutschland.

Deutschland, meine Damen und Herren,
ist die Mitte Europas. Wir stabilisieren nicht nur die europäische Wirtschaft, sondern wir sind Vorreiter in vielen Bereichen, auch der gesellschaftlichen Entwicklung. Heute leben wir in Frieden und Demokratie. Dieses Glück ist nicht selbstverständlich – das zeigen die Geschehnisse in der Ukraine. Sie sind ein Weckruf, dass wir für unsere europäischen Werte einstehen müssen.

Dazu braucht die EU eine starke Stimme, um in der Welt ernst genommen zu werden. Die gerade zurückliegende Europawahl gibt uns die Chance, die Verbesserung der Leistungskraft der EU ganz nach oben auf die Agenda zu setzen. Das Ergebnis der Wahl macht mir aber auch Sorgen, vor allem in unserem Nachbarland Frankreich. Dabei geht es aber nicht nur um das Europa von heute, sondern auch um das Europa unserer Kinder, das Europa der Zukunft. Und wir heute haben die Aufgabe, diese Zukunft der jungen Menschen in Europa zukunftsfähig zu gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
in der Imagekampagne des Deutschen Handwerks bringen wir es kurz und knapp auf den Punkt: „Zukunft kommt von Können“. Diese Botschaft richten wir vor allem auch an die Jugendlichen, um sie für die großen Berufsperspektiven im Handwerk aufzuschließen.

Aber, meine Damen und Herren,
Werbung allein genügt natürlich nicht. Sie muss durch Sachargumente untermauert werden. Ein solches Argument ist die gleichwertige Anerkennung von beruflicher und akademischer Bildung. Deshalb hat das Handwerk so intensiv dafür gekämpft – mit Erfolg im Deutschen Qualifikationsrahmen (der Meister entspricht dem Bachelor Stufe 6 des DQR).

Nun muss diese Gleichwertigkeit auch im Alltag verankert und unser Berufsbildungssystem entsprechend weiterentwickelt werden. Damit sich auch die Jugendlichen mit einer höheren Schulqualifikation noch mehr für eine Laufbahn im Handwerk gewinnen lassen.

Berufliche Bildung gegen Akademikerwahn

Denn der Wettkampf um die besten Köpfe hat längst begonnen. Die Zahl der Haupt- und Realschulabgänger ist in den letzten 10 Jahren von 700.000 auf 550.000 gesunken. Gleichzeitig stieg die Zahl der Abiturienten um 90.000 und die der Studienanfänger um 129.000. Im Handwerk dagegen konnten im vorigen Jahr 15.000 Lehrstellen nicht besetzt werden. Und dies Jahr werden es wahrscheinlich noch mehr sein. Diese Diskrepanz ist schädlich für unsere Volkswirtschaft. Das dürfen wir nicht akzeptieren!

Diesen besorgniserregenden Trend hat der Philosoph und Bildungsexperte Prof. Dr. Nida-Rümelin zu Recht als „bildungsökonomischen Irrsinn“ bezeichnet. „Der Akademisierungswahn muss gestoppt werden“.

Wenn Deutschland mit seinem starken Handwerk als Schwergewicht des Mittelstandes weiter wirtschaftlich erfolgreich sein will, dann braucht unser Land ein neues Bildungsverständnis. Dazu gehört: Auch Betriebe und Berufsschulen sind Lernorte – und nicht nur Hörsäle. Im Schulunterricht muss die Theorielastigkeit deutlich zurückgefahren werden zugunsten von mehr Praxisbezug.

Mit großem Interesse habe ich wahrgenommen, dass jetzt auch der Wissenschaftsrat in eine ähnliche Richtung denkt. Er empfiehlt nämlich eine Aufwertung der beruflichen Bildung. Ein solcher Rückenwind erleichtert die Bemühungen des Handwerks, junge Menschen für unsere Berufe zu gewinnen. Und diese Berufe, über 150 an der Zahl, sind hoch innovativ:

Meine Damen und Herren,

- unsere Orthopädietechniker fertigen heute nerven-sensoren-gesteuerte Prothesen an.
- Installateure und Elektriker montieren hochkomplexe High-Tec-Anlagen. Sie arbeiten mit Geothermie, Aerothermie und automatisieren ganze Gebäude.
- KFZ-Mechatroniker sind keine ölverschmierten Schrauber, sondern diagnostizieren Fahrzeugmängel per Computer.

Aber das muss in die Köpfe der Eltern, der Lehrer und vor allem der jungen Leute. Darum werben wir.

Mindestlohn

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere gemeinsamen Anstrengungen für die berufliche Bildung dürfen aber nicht konterkariert werden. Hier habe ich große Sorgen mit Blick auf den Mindestlohn. Nun ist es so, dass sich die Handwerkskammern aus Tarifdiskussionen grundsätzlich herauszuhalten haben. Seien Sie versichert, dass ich dies in meiner Funktion als Kölner Kammerpräsident auch beherzige. Aber eines liegt mir am Herzen – und ich bitte hierbei unsere Kollegen und Kolleginnen von der Arbeitnehmerbank mir dies abzunehmen. Ich habe die Sorge, dass ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro für junge Menschen ein vergifteter Köder ist. I

Ich befürchte, dass sich manche junge Menschen gerade aus bildungsfernen Schichten in einen unqualifizierten Helferjob locken lassen – auf Kosten der Ausbildung.

Deshalb ist die Altersgrenze von 18 für junge Menschen das falsche Signal. In meiner Funktion als ZDH-Präsident habe ich der Bundesministerin Nahles gesagt, dass diese Altersgrenze im laufenden Gesetzgebungsverfahren angepasst werden muss

- an das steigende Ausbildungseintrittsalter von fast 20 Jahren und
- an die reguläre Ausbildungsdauer von drei Jahren.

Wenn Frau Nahles schon nicht auf die vielen warnenden Stimmen aus der Wirtschaft und den Forschungsinstituten hört, dann sollte sie wenigstens ihrem früheren Parteifreund August Bebel vertrauen. Der hat einmal gesagt: „Genies fallen nicht vom Himmel. Sie müssen Gelegenheit zur Ausbildung und Entwicklung haben.“ Denn, meine Damen und Herren, gut ausgebildete Fachkräfte sind das Pfund des Standortes Deutschland. Nur mit qualifizierten Fachkräften können wir unseren Wohlstand unter den Bedingungen des demografischen Wandels sichern.

Demografischer Wandel

Deshalb haben unsere Betriebe und Organisationen in den vergangenen Jahren viele Initiativen ergriffen, um lebenslanges Lernen zu organisieren und dabei auch die Älteren zu qualifizieren. Damit immer mehr Menschen länger und gesund mitarbeiten können.

Die Ergebnisse dieser vielfältigen Anstrengungen der Handwerksbetriebe können sich wirklich sehen lassen: 8 % der Beschäftigten im Handwerk, das sind 400.000 Menschen,

sind inzwischen über 60 Jahre alt. 20 % von diesen Mitarbeitern können das Angebot der abschlagfreien Rente mit 63, die letzte Woche im Deutschen Bundestag beschlossen wurde, annehmen. Die Kompetenz und die Erfahrung dieser Mitarbeiter werden in Zeiten des Facharbeiter-Mangels in unseren Betrieben fehlen.

Aber, meine Damen und Herren,
die Rente mit 63, die die CDU nicht wollte und auch die Mütter-Rente, die die SPD nicht wollte, sind nun beschlossene Sache und wir im Handwerk werden eins nicht tun: Nachkarten!

Aber wir haben der Koalition Vorschläge unterbreitet für eine Flexibilisierung der Teilrente mit höheren Hinzuverdienst-Möglichkeiten, damit zukünftig ein gleitender Übergang in den Ruhestand möglich ist. Und es stimmt uns ein wenig zufrieden, dass die Regierungs-Koalition dies nun in einer Arbeitsgruppe verfolgen will.

Energiewende muss zur Effizienzwende werden

Meine Damen und Herren,
Deutschland fit machen für die Zukunft,
unsere Wettbewerbsfähigkeit sichern
das Investitionsklima verbessern,
Belastungen verringern,
Verunsicherungen vermeiden – das muss das Motto der Politik sein. Das gilt nicht zuletzt bei der Energiepolitik.

Im Grundsatz begrüßt hatte ich vor einigen Monaten die damals bekannten Eckpunkte zur EEG-Reform. Doch mit dem jetzt vorliegenden Gesetzesentwurf kehrt Ernüchterung ein:

- Der Kostenanstieg bei der EEG-Umlage kann so kaum begrenzt werden.
- Bei der Kostenverteilung bleibt es im Wesentlichen bei den bestehenden Ungerechtigkeiten.
- Und eine neue Umlagepflicht für den Stromeigenverbrauch belastet viele Betriebe weit über das Handwerk hinaus.

Aber Energie muss für unsere Betriebe und für die Bürger in diesem Land bezahlbar bleiben.

Da sind diese Weichenstellungen nur bedingt richtig und es ist vor allem viel zu wenig. Denn beim eigentlich entscheidenden Faktor, der Energieeffizienz im Gebäudebestand bewegt sich nach wie vor nichts

Da geht es ums Heizen. Da geht es um 40 % des Energieverbrauchs. Das ist ein riesiges Einsparpotenzial. Hier entscheidet sich, ob die Energiewende gelingt.

Sie muss im Heizungskeller und an der Fassade in Schwung kommen – mit dem Handwerk neben der Industrie und den Versorgungsunternehmen.

Um dieses Potenzial zu heben, gibt es auch einen Königsweg:

Steuerliche Anreize für die energetische Gebäudesanierung! Eventuell auch in Verbindung mit einer Modifizierung des bestehenden Handwerkerbonus, damit er für Effizienzmaßnahmen genutzt werden kann.

Dass dieses unstrittig probate Instrument seit Jahren im Tauziehen zwischen Bund und Ländern auf der Strecke bleibt, ist mit vernünftigen Argumenten nicht zu erklären. Das

Haushaltsargument, das vor allem die Bundesländer vorbringen, ist jedenfalls nicht stichhaltig.

Die Wachstumseffekte spülen nämlich weitere, neue Steuer- und Beitragseinnahmen in die öffentlichen Kassen. Ein Euro Förderung – so die Faustregel – löst Investitionen in 9-facher Höhe aus. Im Ergebnis bedeutet das dann mindestens eine Refinanzierung der eingesetzten Steuermittel (tatsächlich nach meinem Dafürhalten aber viel mehr).

Steuerpolitik

Meine Damen und Herren,
dass sich die Bundesregierung die Haushaltskonsolidierung zum prioritären Ziel gesetzt hat, ist ja absolut richtig. Und wenn tatsächlich der Bundesfinanzminister im kommenden Jahr erstmals einen ausgeglichenen Haushalt ohne Netto-Neuverschuldung vorlegen kann, dann wäre das ein historisches Ereignis.

Aber, meine Damen und Herren,
das ist nicht das Ergebnis von Sparen. Das ist das Ergebnis sprudelnder Steuereinnahmen durch Wachstum. Das ist das Ergebnis der Betriebe und Ihrer Mitarbeiter. Das ist unser Erfolg! Deshalb wäre es ja doppelt fatal, wenn dieser Wachstumskurs aufs Spiel gesetzt wird. Selbst die Steuerschätzer sehen Spielraum, um neben der Haushaltskonsolidierung Investitionen in den Standort Deutschland zu finanzieren, beispielsweise in die Verkehrsinfrastruktur.

Und sie sehen Spielraum, endlich die ständigen Steuererhöhungen durch die kalte Progression zu verringern. Wenn denn nicht die steigenden öffentlichen Einnahmen sofort wieder durch soziale Ausgaben verfrühstückt werden.

Meine Damen und Herren,
auf diese Zusammenhänge hinzuweisen ist keine Halsstarrigkeit, sondern ich sehe darin meine Verantwortung als Präsident der Spitzenorganisation des Deutschen Handwerks und als Vertreter des Mittelstands.

Damit wir auch in Zukunft eine starke Säule von Wirtschaft und Gesellschaft und ein Garant für Wachstum und Wohlstand sein können – wir im deutschen Handwerk und wir Handwerker hier vor Ort in der Region Köln-Bonn.